

# Der Textil-Arbeiter

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin D.M., Memeler Str. 47  
Verlagsdruckerei: Königsplatz 1000, 1076 und 1921. — Die Zeitung  
erscheint jeden Freitag  
Telegraphische Adressen: Textilproletat Berlin

Versteht sich selbst — Versteht alles!

Einzelnummern und Verbandsbelegblätter sind an Otto Rehm, Berlin D.M.,  
Memeler Straße 47 (Postfach 10000), zu beziehen. — Bezugs-  
preis nur durch die Post. Vierteljährlich 6 Mk.  
Anzeigenpreis 4 Mark für die dreizehnte Seite.

Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

## Der Verbandstag in Hamburg.

Am Montag, dem 20. Juni, ist in Hamburg, der alten und freien Hansestadt, im herrlich dekorierten Saal des Gewerkschaftshauses der 16. ordentliche Verbandstag des Deutschen Textilarbeiterverbandes durch den Kollegen Hübsch-Berlin eröffnet worden. Von Ost und West, aus Nord und Süd des Reiches sind die Delegierten des Verbandes herbeigeeilt, um in ernster Arbeit die Richtlinien festzulegen und den Weg zu zeigen, den die Organisation zum Wohle des gesamten deutschen Textilproletariats in Zukunft beschreiten soll.

Offenbar hat die Stadt Hamburg auf die gewählten Vertreter eine große Anziehungskraft ausgeübt, denn bereits am Sonnabend sind ein großer Teil der Delegierten in Hamburg eingetroffen. Für viele mag die internationale Weltverkehrs- und Handelsstadt zu sehen schon längst das Ziel ihrer Wünsche gewesen sein. Der Verbandsbeirat hat seinerzeit, als er beschloß, den Verbandstag in Hamburg abzuhalten, einen glücklich zu nennenden Beschluß gefaßt.

Nach nach außen hin bemerkt man, daß zurzeit in Hamburg der Verbandstag des Deutschen Textilarbeiterverbandes stattfindet. Ein großes Transparent, flankiert von zwei Masten, an denen zwei mächtige Reichsflaggen lustig im Nordwind flattern, weist auf den Verbandstag hin und leuchtet allen, die aus der Bahnhofshalle heraustreten, entgegen. Das Gewerkschaftshaus, der stolze Bau der Hamburger freigewerkschaftlichen Arbeiterschaft, hat eine prächtige rote Fahne gehißt. Die Hamburger Ortsgruppe unseres Verbandes hat in musterghültiger Weise für die Unterkunft der Delegierten gesorgt und ebenfalls nichts unversucht gelassen, sie mit allem Schenswerten der Stadt bekanntzumachen.

Am Sonntagabend fand im Gewerkschaftshaus eine Eröffnungsfest unter Mitwirkung des Orchesters des Hamburger Stadttheaters, des Solo-Gesangsquartetts des Hamburger Stadttheaters sowie des Hamburger Sängerkhoren „Helvetia“, die den Anwesenden vortreffliche Darbietungen zu Gehör brachten, wofür ihnen auch von dieser Stelle aus gedankt sei, statt. Die Begrüßungsrede hielt der Gauleiter Kollege Karl Schöller-Hannover. Mit herzlichsten Worten heißt er alle die Kämpfer und Kämpferinnen unseres Verbandes sowie die Gäste in Hamburgs Mauern willkommen. Er hofft und wünscht, daß die traditionelle Arbeiterbewegung Hamburgs den Delegierten ein Symbol bei ihren Arbeiten sein möge. (Lebhafte Beifall.)

Daß dem Verbandstag unserer Organisation auch die der Textilarbeiter-Internationale angeschlossenen Verbände größte Bedeutung beimessen, zeigt die starke Vertretung unserer ausländischen Bruderorganisationen. Unter diesen Vertretern war der Senior der Textilarbeiter-Internationale, der Genosse Th. Shaw-London, sowie der Vorsitzende unserer österreichischen Bruderorganisation, Genosse Fischer-Wien mit

einigen seiner Kollegen und Genosse Marti-Zürich zu bemerken. Polen hat drei Vertreter entsandt. Daneben sind noch Delegationen aus der Tschechoslowakei, unter ihnen der Genosse Roscher-Reichenberg, aus Holland, Dänemark und anderen Ländern anwesend. Der Hamburger Ortsausschuß des ADGB wird durch den Genossen Ehrentreit vertreten, vom ADGB war der Genosse Wirth, Eggert erschienen; der Hamburger Senat war durch Senator Dr. Matthäi vertreten. In Vertretung des Gewerbeaufsichtsamtes waren Dr. Berger und Frä. Michaeli erschienen. Auch das Gesundheitsamt Hamburg hat einen Vertreter entsandt. Das Reichsarbeitsministerium vertritt der Genosse Stadtrat Runge-Berlin.

Im Namen des Zentralvorstandes begrüßte der Kollege Schrader-Berlin die Anwesenden. Er gab einen kurzen Rückblick über das Vergangene und wies darauf hin, daß der Verbandstag neue Wege finden müßte, die in Zukunft beschritten werden sollen. — Eine Anregung des Kollegen Schrader, dem Kollegen Jäckel ein Begrüßungstelegramm zu senden, fand allgemeine Zustimmung.

Kollege Hübsch, der am Montag die Eröffnungsansprache hielt, brachte sein Bedauern darüber zum Ausdruck, daß der Kollege Jäckel durch schwere Krankheit, die eine Operation notwendig machte, an der Teilnahme am Verbandstag verhindert sei. Er und mit ihm alle Anwesenden wünschen, daß der Kollege Jäckel recht bald genesen möge, um seine hochgeschätzte Arbeitskraft wieder in den Dienst der Organisation zum Wohle der gesamten Textilarbeiterchaft stellen zu können. Kollege Hübsch begrüßte sodann die Delegierten sowie alle anwesenden Gäste des In- und Auslandes und die Vertreter der einzelnen Korporationen. — Herzliche Worte der Begrüßung fand er für den Genossen Shaw-London, dem Sekretär der Textilarbeiter-Internationale; er erinnerte daran, daß Shaw erst vor kurzem von der Indien-Reise zurückgekehrt sei, die ihm neben sehr wertvollem Material aber auch schweres Herzeleid gebracht hat. — Zu Ehren der verstorbenen Tochter des Genossen Shaw sowie zu Ehren aller anderen verstorbenen Verbandsmitglieder erhoben sich die Anwesenden von ihren Plätzen. — Kollege Hübsch feierte sodann Hamburg als eine Stätte der Arbeit. Er gedachte des Genossen Legien, der von Hamburg aus an die Gewerkschaftskollegen den Ruf erging ließ, schütze eure Gewerkschaften vor der Spaltung. Von Hamburg aus gingen viele Gewerkschaftsspioniere ins Land, um dort für die Gewerkschaftsbewegung Unvergänglichliches zu leisten, besonders wies er auf die verstorbenen Genossen Bömelburg und v. Elm hin. Hübsch wünschte, daß der Verbandstag im Zeichen der rastlosen Arbeit der Hamburger freigewerkschaftlichen Arbeiterschaft stehen möge zum Wohle der gesamten deutschen Textilarbeiterchaft.

Schiedspruch vom 24. Mai 1927 für die Textilindustrie in Herford. Von der 49. bis 54. Stunde werden 20 Proz. Zuschlag gezahlt.

Schiedspruch vom 1. Juni 1927 für die Färbereien und chemischen Wäschereien in Köln. Von der 49. bis 50. Stunde werden 10 Proz., von der 51. bis 52. Stunde 20 Proz. Zuschlag gezahlt.

Schiedspruch vom 3. Juni 1927 für die Textilindustrie in Düren und Umgegend. Von der 49. bis 54. Stunde werden 20 Proz. Zuschlag gezahlt.

Schiedspruch vom 3. Juni 1927 für die Tuchindustrie in der Lausitz. Von der 49. bis 51. Stunde werden 20 Proz. Zuschlag gezahlt.

Schiedspruch vom 8. Juni 1927 für die Wollwarenfabriken in Leobschütz. Von der 49. bis 53. Stunde werden 10 Proz., von der 54. bis 56. Stunde 15 Proz. Zuschlag gezahlt.

War es nach dem Ergebnis der ersten drei Schiedsprüche innerhalb der deutschen Textilindustrie möglich, auf Grund freier Vereinbarung entsprechend den Bestimmungen des § 6a der genannten Verordnung Abschlüsse in der Arbeitszeitfrage mit einer Bezahlung von 25 Proz. Zuschlag ab 49. Arbeitsstunde zu tätigen, so hörte diese Möglichkeit nach Erscheinen der Schiedsprüche, die nach dem 14. April 1927 für die Textilindustrie, wie vorhergehend benannt, gefaßt waren, auf. Die Herren Arbeitgeber bzw. ihre Vertreter stellten sich sofort um und sagten, daß sie nicht geneigt seien, die im § 6a vorgesehenen 25 Proz. der genannten Verordnung zu zahlen, nachdem selbst die ausführenden Organe des Gesetzes weit niedrigere Sätze, als die im Gesetz vorgesehenen, durch Schiedspruch festgelegt hätten.

Der unterzeichnete Verband erblickt in der Spruchpraxis der Schlichtungsinstanzen nicht nur eine Außerkräftsetzung der Bestimmungen des § 6a der Verordnung über die Arbeitszeit, sondern darüber hinaus auch eine Gefährdung des Wirtschaftsfriedens.

Es ist nicht nur rechtlich begründlich, sondern auch durchaus billig, wenn die beim unterzeichneten Verband organisierte Textilarbeiterschaft auf Erfüllung des Gesetzes, das für sie doch nur eine Mindestregelung darstellt, drängt. Da auf Grund der Spruchpraxis der Schlichtungsinstanzen, wie vorhergehend nachgewiesen, dem Gesetz durch Schiedspruch nicht Rechnung getragen wird, auf der anderen Seite die Arbeitgeber gerade durch diese Spruchpraxis nicht gewillt sind, im Wege der freien Vereinbarung die im Gesetz vorgesehenen Zuschläge als recht und billig anzuerkennen und zu vereinbaren, wird durch diesen Umstand ganz automatisch die Frage um die Bezahlung der Zuschläge für Mehrarbeit über 48 Stunden hinaus als Kampfobjekt in den Vordergrund gerückt, damit auch gleichzeitig die Störung des Wirtschaftsfriedens innerhalb der deutschen Textilindustrie.

Der unterzeichnete Verband muß aus dieser Situation einmal die logischen Schlussfolgerungen ziehen, zum anderen Mal aber auch jede Verantwortung für die sich in Zukunft um diese Frage abspielenden Wirtschaftskämpfe ablehnen.

Es wird in diesem Zusammenhange darauf hingewiesen, daß die Bezahlung der Mehrarbeit über 48 Stunden hinaus mit 25 Proz. pro Stunde für die deutschen Textilindustriellen zurzeit durchaus tragbar ist. Seit Jahren hat die deutsche Textilindustrie keine derartige Hochkonjunktur zu verzeichnen gehabt, wie es gerade im laufenden Jahre der Fall ist. Der Ausweis über das Steigen der Gewinne der einzelnen Unternehmungen innerhalb der deutschen Textilindustrie ist geradezu augenscheinlich. Aus diesem Grunde erscheint es auch aus rein wirtschaftlichen Erwägungen nicht mehr als gerecht und billig, wenn man die im Produktionsprozeß tätige Textilarbeiterschaft an den Vorteilen der Industrie teilnehmen läßt. Der eingangs erwähnte Umstand der augenfälligen Umstellung in der Spruchpraxis der Schlichtungsinstanzen war es, der den unterzeichneten Verband bewog, dem Herrn Reichsarbeitsminister folgende Fragen mit der höflichen Bitte um deren Beantwortung zu unterbreiten:

### Fragen:

1. Ist dem Herrn Reichsarbeitsminister bekannt, daß sich die Spruchpraxis, soweit die Schiedsprüche innerhalb der deutschen Textilindustrie gefaßt worden sind, vor dem 14. April 1927 in anderen Bahnen bewegte, als dies nach dem 14. April 1927 der Fall war?
2. Sind den Schlichtungsinstanzen in bezug auf die Spruchpraxis über die Bezahlung der Mehrarbeit über 48 Stunden hinaus Richtlinien dahingehend gegeben worden, in der Höhe des prozentualen Zuschlages unter dem Prozentfuß von 25 Proz. zu bleiben?
3. Würde der Herr Reichsarbeitsminister bereit sein, im Interesse des Wirtschaftsfriedens einerseits und unter Berücksichtigung der Notlage großer Kreise der Textilarbeiterschaft andererseits dafür Sorge zu tragen, daß die dem Herrn Reichsarbeitsminister unterstellten Schlichtungsinstanzen in bezug der Zuschläge für Mehrarbeit über 48 Stunden hinaus durch Schiedsprüche

## Die Schlichter gegen das Arbeitszeitnotgesetz.

Da die Schlichter in den Schiedsprüchen in den meisten Fällen niedrige Entschädigungssätze für Ueberstunden festlegen, als im Gesetz vorgesehen, hat der Deutsche Textilarbeiterverband (Abt. für Tarife und Löhne) nachstehende Eingabe an den Reichsarbeitsminister gerichtet:

Sehr geehrter Herr Minister!

Hierdurch beehrt sich der unterzeichnete Verband, dem Herrn Reichsarbeitsminister folgende Anfragen zu unterbreiten:

### Darlegung und Sachverhalt des Frageninhalts.

Mit Wirkung vom 1. Mai 1927 trat das Arbeitszeitnotgesetz über die Regelung der Arbeitszeit nach dem Gesetz vom 14. April 1927 in Kraft. Der § 6a der angezogenen Verordnung über die Arbeitszeit besagt in seinem Absatz 4 was folgt:

„War die Mehrarbeit schon am 1. April 1927 tarifvertraglich vereinbart oder behördlich zugelassen, so gelten die Vorschriften der Absätze 1 und 2 erst vom Ablauf des Tarifvertrages oder Genehmigungs, spätestens jedoch vom 1. Juli 1927 an.“

Der Absatz 2 des § 6a benannter Verordnung sieht als angemessene Vergütung, sofern zwischen den Beteiligten nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes eine andere Regelung nicht vereinbart ist oder besondere Umstände eine solche rechtfertigen, einen Zuschlag von der 49. Stunde ab mit 25 Proz. pro Stunde vor.

Soweit nun die Arbeitszeitfrage innerhalb der deutschen Textilindustrie zwischen den vertragschließenden Parteien strittig wurde und eine Neuregelung der Arbeitszeit im Wege der freien Vereinbarung nicht zustande kam, traten auf Anruf der einen oder der anderen Partei die staatlichen Schlichtungsinstanzen in Tätigkeit.

Das Ergebnis der Tätigkeit der Schlichtungsinstanzen ist, soweit die Verhandlungen derselben kurz vor Verkündung der Verordnung über die Arbeitszeit, also vor dem 14. April 1927, stattfanden, folgendes:

Schiedspruch vom 14. April 1927 für die sächsisch-thüringischen Webereien. Von der 49. bis 53. Stunde ist ein Zuschlag von 25 Proz. zu zahlen.

Schiedspruch vom 12. April 1927 für die Textilindustrie in Württemberg. Von der 49. bis 54. Stunde ist ein Zuschlag von 25 Proz. zu zahlen.

Schiedspruch vom 5. April 1927 für die Textilindustrie in Südbayern. Von der 49. bis 54. Stunde ist ein Zuschlag von 25 Proz. zu zahlen.

Dieses waren die drei Schiedsprüche, die vor Verkündung der genannten Verordnung innerhalb der deutschen Textilindustrie in der Frage der Arbeitszeit gefaßt wurden und entsprechend den angezogenen Bestimmungen des § 6a ab der 49. Stunde einen Zuschlag von 25 Proz. pro Stunde vorläßen. Diesen Schiedsprüchen folgten dann einige freie Vereinbarungen auf derselben Grundlage.

Nach der Verkündung der genannten Verordnung, also nach dem 14. April 1927, änderte sich ganz auffallend die Spruchpraxis der staatlichen Schlichtungsinstanzen. So wurden folgende Schiedsprüche gefaßt:

Schiedspruch vom 23. April 1927 für die Spinnerei und Weberei Bremen. Von der 49. bis 54. Stunde werden 20 Proz. Zuschlag gezahlt.

Schiedspruch vom 12. Mai 1927 für das Münsterland. Von der 49. bis 54. Stunde werden 20 Proz. Zuschlag gezahlt.

Schiedspruch vom 23. Mai 1927 für die Tuchindustrie in Neumünster. Von der 49. bis 51. Stunde werden 15 Proz. Zuschlag gezahlt.

**Inhalt:** Der Verbandstag in Hamburg. — Die Schlichter gegen Arbeitslosigkeit in Genf 1927. — Die zehnte Internationale Arbeitskonferenz in Genf 1927. — Deutsche Gerichte verbieten den Streik. — Frontenteil. — Die Menschenbewirtschaftungsanstalt oder die „falte“ Wertgemeinschaft. — Aus der Textilindustrie. — Ein Freieigentümer der Allgäuer Textilarbeiter zum Deutschen Textilarbeiter-Verband. — Berichte aus Fachkreisen. — Gaudikonferenz. — Bekanntmachungen. — Anzeigen. — Unterhaltungstell.: Im Neandertal.

keine Verschlechterungen der Bestimmungen des § 6a des Gesetzes über die Regelung der Arbeitszeit vornehmen und somit diese Bestimmung selbst sowohl rechtlich als auch praktisch außer Kraft setzen?

Mit vorzüglicher Hochachtung!  
Deutscher Textilarbeiterverband, Hauptvorstand  
Abteilung für Tarife und Löhne.  
gez. Josef Feinhals.

**Die zehnte Internationale Arbeitskonferenz in Genf 1927. Die Vereinigungsfreiheit.**

Die Grundlage aller Arbeitnehmerrechte ist die Vereinigungsfreiheit. Daher ist es für das Internationale Arbeitsamt von besonderer Wichtigkeit, auch den Ausbau der Vereinigungsfreiheit in den Kreis seiner Aufgaben einzubeziehen. Die gegenwärtig tagende zehnte Internationale Arbeitskonferenz hat die Aufgabe, die Vorarbeiten zu leisten. Es soll ein Fragebogen ausgearbeitet werden, der den Regierungen, die Mitglieder des Internationalen Arbeitsamts sind, zur Beantwortung zugehen soll. Die Antworten werden dann dem Internationalen Arbeitsamt zusammengestellt. Sie bilden die Grundlage für den Entwurf eines Übereinkommens, der auf der elften Internationalen Arbeitskonferenz 1928 zu beraten ist. Kommt es im nächsten Jahr zu einem solchen Übereinkommen, so steht es bei den Regierungen, ob sie es ratifizieren wollen oder nicht. Bornehmte Aufgabe des Internationalen Arbeitsamts ist, bei den Regierungen für die Ratifikation zu wirken.

Es kommt bei den gegenwärtigen Beratungen viel darauf an, wie der Fragebogen ausgefüllt wird: positiv im Sinne der Förderung der Vereinigungsfreiheit oder negativ mit der Absicht, den Ausbau der Vereinigungsfreiheit zu hemmen. Für das erstere treten alle Arbeitervertreter mit Ausnahme des italienischen ein. Die Arbeitgebervertreter sind auch international geschlossenen gegen die Arbeiterrechte. Die Regierungsvertreter stehen in der Mitte.

Deutschland ist in dem für die Vereinigungsfreiheit gebildeten besonderen Ausschuss vertreten durch Oberregierungsrat Dr. Sieinmann als Regierungsvertreter, Dr. Burhenne und Dr. Erdmann als Arbeitgebervertreter sowie Rörpel (ADGB) und Dr. Kandler (Gewerkschaftskund) als Arbeitnehmervertreter. Auf Grund der Geschäftsordnung des Internationalen Arbeitsamts üben das Stimmrecht nur Dr. Burhenne und Dr. Kandler aus, die übrigen sind gleichberechtigte Berater.

Auf Grund der bisherigen Beratungsergebnisse besteht die Hoffnung, daß der Fragebogen einen überwiegend positiven Inhalt erhält. Ueber die endgültige Fassung kann erst nach Abschluß der Verhandlungen berichtet werden.

Nicht unerwähnt mag bleiben, daß es den Gewerkschaften in Deutschland gelungen ist, die weitgehende Anerkennung der Vereinigungsfreiheit im Artikel 159 der Reichsverfassung zu erreichen und sich die Handlungsfreiheit praktisch zu erringen. Diese Grundzüge gilt es nun nicht nur in Deutschland sondern auch international zu vertiefen. Darin besteht das große unmittelbare Interesse, das auch die deutsche Arbeiterklasse an den Beratungen des Internationalen Arbeitsamts über die Vereinigungsfreiheit haben muß.

**Im Neandertal.**

Zur Erinnerung an den ersten Urmenschenfund.

Von Dozent Ewald Schild.

Im August 1856 hatten Steinbrucharbeiter im Neandertal eine Anzahl Menschenknochen gefunden, über deren Bedeutung in Gelehrtenkreisen ein jahrzehntelanger Streit entstand und in dessen Verlauf das abgelegene Tal Weltberühmtheit erlangt hat.

Anlässlich der letzten Naturforscherversammlung in Düsseldorf war es mir vor wenigen Wochen vergönnt, die Fundortstätte zu besichtigen. Zur Erinnerung an die vor 70 Jahren erfolgte Entdeckung des Neandertalmenschen wurde nämlich am Rabenstein im Neandertal eine Gedenktafel enthüllt. Das von der Düffel durchflossene Tal mit seinen Kalksteinen und Schiefersteinen trug früher den Namen „des Geistes“ und wird auch bei der Landbesiedlung heute noch so benannt. Der Name Neandertal bürgerte sich erst vor etwa 100 Jahren ein und geht zurück auf das Andenken an den Kirchenliederdichter Joachim Neander, der von 1674 bis 1679 als Rektor der reformierten Lateinschule im nahen Düsseldorf tätig war. Um die Mitte des vorigen Jahrhunderts gab es in dem romantischen Neandertal nicht weniger als sechs Höhlen, unter ihnen verdient die kleine Feldhöhlenhöhle, welche 4 1/2 Meter tief und durch eine Schichtplatte von oben her größtenteils mit Lehm gefüllt war, besondere Beachtung, denn diese Höhle ist die berühmteste Fundstätte des Neandertalmenschen.

Einer der damaligen Steinbruchbesitzer namens Friedrich Pieper von Hochdal hatte von dem durch die Arbeiter beim Begräbnis der Lehmgrube gemachten Funde sofort den ihm bekannten Professor Dr. Karl Fuhlrott in Kenntnis gesetzt, der die Knochen sowie Ort und nähere Umstände der Auffindung eingehend untersuchte. Das Ergebnis seiner sorgfältigen Arbeiten veröffentlichte er in einem Aufsatz: „Menschliche Ueberreste aus einer Felsengrotte des Neandertales“, der in den Verhandlungen des naturhistorischen Vereins der preussischen Rheinlande und Westfalens erschien. Es handelt sich nicht um ein vollständiges Knochengerüst, sondern nur um zusammengehörige Teile eines solchen, wobei die Schädeldecke besonders bemerkenswert war, denn sie wies durch ihre flache, zurückweichende Stirn und die hervortretenden Augenbrauenwülste von allen bisher bekanntgewordenen Schädelformen erheblich ab. Zur Sicherung des Fundes vertrat Fuhlrott die Ansicht, daß es sich hier um Menschenknochen aus der Eiszeit, dem Tertiär, handelt, eine Behauptung, die sehr bald durch die Auffindung verfeinerter Tierknochen in der benachbarten, als Lehmstammer bezeichneten Höhle, erhärtet werden konnte. Als Vertreter einer besonderen Menschenrasse betrachtete der hier zum ersten Male aufgefundenen Urmenschen nach seinem Fundort den Namen „Homo Neandertalensis“.

Da nach und nach weitere Funde darüber ein gewaltiger Sturm der Meinungen platzte, denn wenn sich das Er-

**Internationale Krankenversicherung.**

Einer der wichtigsten Verhandlungsgegenstände der gegenwärtig in Genf tagenden zehnten Internationalen Arbeitskonferenz ist der Entwurf eines Übereinkommens über die Krankenversicherung. In dem Übereinkommen verpflichten sich die Mitglieder der Internationalen Arbeitsorganisation — das sind fast alle Kulturländer — eine Pflichtversicherung der Arbeitnehmer für den Krankheitsfall einzurichten.

Diese Verhandlungen haben auch für Deutschland eine weittragende Bedeutung. Zwar wird das Übereinkommen für die deutsche Krankenversicherung kaum nennenswerte Verbesserungen bedeuten, aber die weitere Verbesserung der deutschen Krankenversicherung hängt nicht zuletzt davon ab, wie in den Ländern, mit denen Deutschland einen außerordentlich schweren Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkt zu führen hat, die sozialen Lasten sich gestalten.

Denn nicht alle Kulturnationen haben bisher eine Pflichtversicherung eingeführt. Insgesamt sind es 22 Staaten, davon haben jedoch nur 12 eine allgemeine Krankenversicherung, während die übrigen nur einen Teil der Arbeitnehmer einer Pflichtversicherung unterstellt haben. Die größte Zahl der Pflichtversicherten hat Deutschland mit 19 Millionen; ihm folgt Großbritannien mit 15 Millionen; dagegen haben so wichtige Länder wie Frankreich, Belgien, Italien, Spanien, Schweden und die meisten Länder Amerikas nur eine freiwillige Versicherung durch Hilfskassen. Diese Versicherung ist auch in der von der Konferenz eingesetzten Kommission mit überwiegender Mehrheit als unzulänglich erkannt worden; hat doch diese freiwillige Versicherung in Frankreich nur 7 v. H., in Belgien 9 v. H., in Schweden 12 v. H. der Bevölkerung erfasst, während die deutsche Pflichtversicherung 32 v. H., die großbritannische 35 v. H. der Bevölkerung umfaßt.

Die Arbeiten der Kommission der Konferenz schreiten wegen der Schwierigkeiten der Materie und der auf allen internationalen Konferenzen zutage tretenden Sprachschwierigkeiten nur langsam fort. Da aber damit zu rechnen ist, daß die Beschlüsse der Kommission die erforderliche Mehrheit auf der Konferenz finden werden, so kann schon jetzt gesagt werden, daß der Entwurf des Internationalen Arbeitsamts mit geringen Änderungen angenommen werden wird. Nach den bisherigen Beschlüssen der Kommission ist der Grundgedanke der Pflichtversicherung sowohl für die gewerbliche wie für die landwirtschaftliche Arbeitnehmerschaft anerkannt worden. Von der Versicherung sind allerdings Ausnahmen gemacht worden, die sich aber im wesentlichen an die deutsche Gesetzgebung anpassen. Krankengeld soll nach den Beschlüssen wenigstens während der ersten 26 Wochen der Arbeitsunfähigkeit gezahlt werden. Bedauerlich ist nur, daß der Anspruch an eine Mindestdauer der Mitgliedschaft geknüpft werden kann. Wichtig ist die Anerkennung des Anspruchs auf kostenlose ärztliche Behandlung und Bereitstellung von Arznei und Heilmitteln. Leider ist in diesem Punkte ein Antrag der englischen Regierung, bedauerlicherweise auch mit der Zustimmung der deutschen Regierung, angenommen worden, der die Tendenz verfolgt, den Krankentafeln nur die Pflicht aufzuerlegen, die Behandlung durch allgemein-praktizierende (praktische) Ärzte zu gewähren, während die Zurverfügungstellung von Spezialärzten der Gesetzgebung des einzelnen Landes freigestellt ist. Die englische Regierung ließ erklären, daß Großbritannien und vielleicht auch noch andere Staaten das Übereinkommen nicht ratifizieren könnten, wenn die Verpflichtung zur Gewährung von sachärztlicher Behandlung zwingend vorgeschrieben würde. Eine wichtige Verbesserung des Entwurfs des Internationalen Arbeitsamts ist noch insofern gelungen, als ausgesprochen wurde, daß im Falle der Krankenhausbildung die Angehörigen Anspruch auf einen Teil des Krankengeldes haben. Leider ist in der Konvention ein sehr übler Vorschlag bestehen geblieben, nämlich der, daß dem Versicherten eine Beteiligung an den Kosten der Kranken-

pflege (gedacht ist hier hauptsächlich die Beteiligung an den Arztkosten) auferlegt werden kann.

Augenblicklich wird in der Kommission über die Einführung der obligatorischen Familienkrankenpflege und die Sicherung des Selbstverwaltungsrechts der Arbeiterschaft in der Krankenversicherung lebhaft gestritten. Ein weiterer noch nicht geklärt Punkt ist die Verteilung der Beitragslast auf Versicherer, Arbeitgeber und Staat. Es ist schwierig, die außerordentlich zahlreichen Systeme der einzelnen Länder zu einem generellen Übereinkommen zusammenzufassen. Ebenso ist die Frage der vorbeugenden Gesundheitsfürsorge noch völlig offen. Sobald Beschlüsse hierüber vorliegen, wird in einem weiteren Berichte näheres mitgeteilt werden.

**Die Behandlung der Frage der Mindestlohnfestsetzung.**

Der für diesen Punkt eingesetzte Ausschuss hat sich in acht Sitzungen mit dem vom Internationalen Arbeitsamt vorgelegten Fragebogen beschäftigt, ist jedoch nicht über die Generaldiskussion hinausgekommen. Die Schwierigkeit lag darin, daß keine Einigung darüber zu erzielen war, ob der Fragebogen sich nur auf die Heimarbeit oder auch auf andere Erwerbszweige erstrecken sollte, oder ob eventuell eine Trennung der beiden Fragen vorzunehmen sei. Die Vertreter der Länder Australiens, Englands, Irlands und andere, die bereits Lohnämter für die Heimarbeit und andere Berufszweige haben, wollten den Fragebogen möglichst weit gefaßt haben, während andere den Fragebogen auf die Heimarbeit beschränkt wissen wollten. Infolgedessen entstand auch eine Diskussion darüber, welche Bindung bei der Aufstellung des Fragebogens für einen Übereinkommensentwurf oder eine Empfehlung bereits vorhanden sei. Diese Frage konnte aber nicht vollständig geklärt werden, weil die Meinungen darüber auseinandergingen. Schließlich wurde beschlossen, in dem Fragebogen Heimarbeit und andere Erwerbszweige nicht zu trennen. Dann wurde eine Unterkommission von je vier Vertretern der Regierungen, der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer eingesetzt, um dem Gesamtausschuss weitere Vorschläge zu unterbreiten.

Ueber den Bericht der Unterkommission an den Gesamtausschuss sowie über dessen Stellungnahme zu dem ganzen Fragebogen wird noch berichtet werden.

**Die Sprachenfrage.**

Seit 1924 hatte sich auf der Internationalen Arbeitskonferenz der Gebrauch eingebürgert, daß auch in deutscher Sprache gehaltene Reden von den amtlichen Dolmetschern übersetzt wurden. Reden konnte nach der Geschäftsordnung jeder in seiner Muttersprache, wer aber nicht selbst für Uebersetzung sorgte, dessen Ausführungen kamen nicht in den Bericht. Bei der deutschen Sprache wurde eine Ausnahme vom Direktor zugelassen und dieser Gebrauch wurde von der Konferenz stillschweigend gebilligt. Im vorigen Jahre verlangten die spanischredenden Delegierten für sich dasselbe. Es fehlte aber an Uebersetzern, die auch die spanische Sprache beherrschten, und Thomas sah sich daher genötigt, auf der Anwendung der Geschäftsordnung zu bestehen, was leider auch dazu führte, daß auch die deutschen Reden nicht mehr amtlich übersetzt wurden.

Seitdem hat das deutsche Reichsarbeitsministerium — dem Auswärtigen Amt scheint die Sache völlig gleichgültig zu sein — Anträge zur Geschäftsordnung gestellt, die erstens darauf hinausliefen, daß der Generalsekretär der Konferenz, d. h. der Direktor des I.A., ermächtigt sein sollte, soweit die erforderlichen Kräfte vorhanden seien, alle in anderen als den Amtssprachen gehaltenen Reden in die Amtssprachen übersetzen zu lassen, und daß zweitens von allen Übereinkommensentwürfen und Empfehlungen, die von der Konferenz

gegnis bewahrheiten sollte, dann wäre ja der Neandermensch viele Jahrtausende alt gewesen, sogar älter als der biblische Adam, und das konnte man doch wirklich nicht ruhig hinnehmen. Vor allem war es Professor Birchow, damals die maßgebendste Persönlichkeit in deutschen Gelehrtenkreisen, der sich scharf gegen Fuhlrotts Meinungen aussprach. Birchow hielt nämlich die Knochen für die Ueberreste eines etwa achtzigjährigen Mannes, der infolge seines Höhlenlebens in der Jugend an englischer Krankheit und im Alter aber an der Gicht gelitten haben müsse, der aber keinesfalls als Vertreter einer besonderen Menschenrasse gewertet werden dürfe! Eine andere ergötliche Vermutung hatte sich Geheimrat Mayer in Bonn zurechtgelegt. 1844 ihm sollten die Knochen von einem Kosaken stammen, der 1814 mit Ighernitschows Armee in die Nähe von Mettmann gekommen und als Flüchtling in der Höhle zugrunde gegangen sei. Wieder andere hielten den Neandertalschädel für den eines schwachjünglichen Menschen, der durch irgendeinen unglücklichen Zufall elend in der Höhle umgekommen sei.

Gegen diese Meinung von Autoritäten, so falsch und weithergeholt sie auch waren, konnte Fuhlrott nicht aufkommen und es half auch nichts, daß sich die englischen Gelehrten Burt, Hurley und Lyell zu seinen Ansichten bekannten. Der große Birchow hätte gesprochen, und damit war die Sache für die Mehrzahl der Gelehrten einfach erledigt.

Ein altes Sprichwort sagt aber, daß zuweilen selbst der alte Homer schlief, und das mußte auch Birchow erfahren; denn das Ende des 19. Jahrhunderts brachte die Entdeckung weiterer Menschenknochenjunde in Spy, im Maastal und in Grapina in Kroatien, die an außergewöhnlicher Behaltlichkeit mit den Neandertalmenschen nichts zu wünschen übrig ließen, und so wurde denn, wohl oder übel, auf der Anthropologen-Versammlung in Neß im Jahre 1901 die Neandertalrasse als solche feierlich anerkannt.

Heutzutage weiß schon selbst die Schuljugend über den Neandertalmenschen Bescheid. Es handelt sich um Individuen von kleinem, gedrungenem Körperbau, mit kräftigen Gliedmaßen, niedriger, zurückweichender Stirn, auffallend hervortretenden Augenbrauenbogen und stark entwickelten Kiefern mit sehr groß vorkragenden Schneidezähnen. Die wichtigsten Merkmale am Oberkiefer des Neandertalers sind das Fehlen der Eckzahngruben, die schwache Ausbildung des Keilnackens und der starke Vorbis bei senkrecht stehenden Vorderzähnen, deren Wurzeln nach hinten gerichtet sind. Auch der Unterkiefer zeigt starken Vorbis und zeichnet sich bei den ältesten Funden durch vollständiges Fehlen des Kinns aus. Beim Neandertaler sind höchstens ganz schwache Andeutungen des Kinns zu finden, während in späteren Zeitaltern z. B. beim Aurignacmenschen das Kinn so deutlich ausgeprägt ist, wie bei den heute lebenden Menschen. Die Ursache für die Bildung des bei den Tieren fehlenden Kinns ist in der, im Laufe der Zeit

stärker werdenden Ausbildung des Stirnhirns und in dem damit in Verbindung stehenden Umbau des Gesichtsschädels zu suchen. Es ist aber auch anzunehmen, daß der Rückgang in der Dicke der Kieferknochen von dem Zeitpunkt an einsetzt, wo der Mensch seine Nahrung durch Kochen erweichte und durch Erfindung zahlreicher Instrumente das Gebiß nicht mehr so häufig wie früher als Werkzeug benutzte. Die feinere Anatomie der Zähne der Eiszeitmenschen enthüllt noch allerlei interessante Einzelheiten. So zeigt sie uns eine starke Höderbildung an den Mahlzähnen sowie Furchen und Rippenbildungen an der Innenseite der Schneidezähne. Naturgemäß sind bei älteren Individuen infolge der Abnutzung durch grobe Nahrung diese Merkmale selten scharf ausgeprägt; dagegen zeigt die Zahnmarthöhle, die den sogenannten Zahnnerve enthält, eine ungewöhnliche Größe im Verhältnis zu den heutigen Zähnen. Man nimmt nun an, daß im Laufe der Zeit entstandene geringere mechanische und chemische Widerstandskraft der Zähne den Körper veranlaßt hat, sich gegen die von außen kommenden Schädlichkeiten, durch eine dickere Zahnbeinwand und die starke Ausbildung zu schützen, dadurch wurde aber die Markhöhle kleiner; denn was an Qualität verloren ging, mußte eben durch die Quantität ersetzt werden. Vielfach nimmt man auch an, daß der vorgegeschichtliche Mensch nicht unter Zahnkrankheiten gelitten hat. Es ist zwar richtig, daß man die Zahnfäule (Karies) an den vorgegeschichtlichen Kiefern der älteren Steinzeit bisher nicht gefunden hat; doch haben sich infolge der groben Nahrung die Zähne oftmals so schnell abgenutzt, daß der Nerv freigelegt wurde und erkrankte, wodurch schwere Zerkörungen des Kiefers hervorgerufen wurden. Zweifellos konnte auch festgestellt werden, daß das sogenannte Lockerwerden der Zähne schon in einer sehr frühen Zeitalterperiode zu beobachten war, allerdings nicht in jenem Ausmaß, wie es heute der Fall ist.

Was die Lebensweise des Neandertalmenschen anbelangt, so müssen wir uns heute vorstellen, daß die Männer zur Jagd und zum Fischfang hinausgingen, und die Arbeit der Frauen in der Nahrungszubereitung und in der Bearbeitung der Felle zu Decken und einfacher Kleidung bestand. Bei Regengüssen und Frost suchten die Familien Schutz in den Höhlen, wo ein warmes Feuer unterhalten und ein Vorrat von Brennholz und gebürtigen Fleisch aufbewahrt wurde. Zum Schneiden und Schaben bereiteten sie sich ihre Werkzeuge aus Feuersteinsplittern und als Hauptwaffe benutzten sie roh behauene Steinköpfe, die mit Lederriemen in einem gespalteten Holzgriff gefaßt waren.

Während andere Höhlenbewohner aus vorgegeschichtlicher Zeit in den Höhlen Frankreichs und Spaniens zahlreiche, oft überraschend gut gelungene Zeichnungen und Malereien zurückgelassen haben, ist bisher von den Neandertalmenschen nichts dergleichen aufgefunden worden.

beschlossen worden seien; ein authentischer deutscher Text herausgegeben werden sollte.

Der Verwaltungsrat überlies die Anträge im Januar d. J. an seine Geschäftsordnungskommission. Diese nahm den ersten Antrag an, verwarf aber den zweiten; eine Stellungnahme, der sich der Verwaltungsrat angeschlossen. Als die Geschäftsordnungskommission jetzt vor der Konferenz von neuem zusammentrat, hatte sich die Sache etwas verändert. Das Reichsarbeitsministerium hatte seinen Antrag dahingehend abgeändert, daß es nunmehr wünschte, daß neben den Veröffentlichungen in den Amtssprachen ein authentischer Text auch noch in der Sprache herausgegeben werden sollte, die von den meisten Arbeitern gesprochen werde. Es waren so die Worte „in deutscher Sprache“ vermieden worden, aber jedermann wußte, daß die deutsche Sprache gemeint war. Uebersehen hatte das Arbeitsministerium nur, daß nicht nur europäische, sondern auch asiatische Staaten Mitglieder des Internationalen Arbeitsamts sind. Würde der Antrag angenommen worden, dann würde wahrscheinlich ein chinesischer Text neben den beiden amtlichen Texten als authentischer Text herauskommen sein. Er wurde abgelehnt, obgleich die Vertreter der deutschen Regierung ihren Antrag dahin interpretierten, daß sie organisierte Arbeiter meinten. Angenommen wurde ein Antrag des französischen Regierungsvertreters, daß alle Mitgliedsstaaten berechtigt seien, vom Internationalen Arbeitsamt eine amtliche Uebersetzung in ihrer Sprache zu verlangen. Die Uebersetzung sollte, um den amtlichen Charakter noch mehr zu betonen, beim Sekretariat des Völkerbundes hinterlegt werden und — dahin ging ein deutscher Zusatzantrag — in den betreffenden Ländern als authentischer Text gelten. Auch der Verwaltungsrat nahm den Antrag an und ebenso die Geschäftsordnungskommission der Arbeitskonferenz, obgleich die englische Regierung lebhaft Opposition machte.

Auf der Konferenz ging der erste Antrag, der die Uebersetzung der Nebenverträge, glatt durch, während der zweite zunächst mehrfach verhandelt wurde, da ein Kompromiß versucht werden sollte. Das gelang nicht, und schließlich mußte sich die Konferenz doch damit beschäftigen. Sie lehnte die englischen Abschwächungsanträge mit 58 gegen 42 Stimmen bei zahlreichen Enthaltungen ab und nahm den Antrag der Geschäftsordnungskommission mit 82 gegen 23 Stimmen an. Ein Ergebnis, das vor allem der geschlossenen Haltung der Arbeitergruppe zu verdanken ist.

Es wird also in Zukunft auch einen authentischen Text der Beschlüsse in deutscher Sprache geben. Arbeiter und Regierung haben damit etwas in der Hand, woran sie sich wirklich halten können. In den Parlamenten und auch, gegebenenfalls, vor deutschen Gerichten. Anders ist es, wenn internationale Schwierigkeiten über die Auslegung der Genfer Beschlüsse eintreten und der höchste Gerichtshof in Haag, die letzte Instanz, angerufen werden muß. Dann kann nur auf die in den Amtssprachen beschlossenen Texte zurückgegriffen werden.

### Deutsche Gerichte verbieten den Streik!\*)

Von Rechtsanwalt Dr. Weinland-Gera.

Nach den jedem Volksempfinden widersprechenden Urteilen des Reichsgerichts über die feindlich begründeten Ansprüche der ehemaligen deutschen Fürsten muß man in der deutschen Rechtsprechung auf alles gefaßt sein. Wenn man bedenkt, daß wenige Jahre nach der Revolution deutsche Richter der Republik noch so befangen sind in den Begriffen wilhelminischer Formaljuristen, daß sie z. B. dem Großherzog von Koburg englischen Geldes bis zur Gefährdung des Thüringer Staatshaushalts Güter und Gelder zusprechen; nimmt es dann vielleicht wunder, wenn die Landgerichte Hamburg, Leipzig und Meiningen fast wörtlich übereinstimmend folgende Entscheidung erlassen haben:

Dem Deutschen Textilarbeiterverband wird zur Vermeidung einer Geldstrafe in unbefränkter Höhe oder einer Haftstrafe bis zu sechs Monaten für jeden einzelnen Fall der Zuwiderhandlung verboten, den eingeleiteten Streik in irgendeiner Weise zu unterstützen, sei es durch Anweisung an die Streikleitung, oder durch Aufforderung zum Streikpostenfassen, oder durch Unterstützung des Streikpostenfassens, oder durch Gewährung von Streikunterstützung an die organisierten Arbeitnehmer des Deutschen Textilarbeiterverbandes, oder durch irgendwelche andere Mittel, fernerhin noch weitere als die jetzt streikenden Arbeitnehmer zur Arbeitsniederlegung aufzufordern oder zu ermahnen.

Nicht genug also, daß z. B. in Eisenach die Direktion der M. & K. Betriebe zur Einschüchterung der kämpfenden Textilarbeiter die Wertwohnungen gelündigt und sofortige Zwangsäumung der Arbeiterwohnungen beim Mietvertragsamt beantragt haben. Der Kampf zwischen Kapital und Arbeit wird mit allen Mitteln geführt. Nun müssen auch die deutschen Gerichte dazu herhalten. Leider zeigt es sich auch hier wieder, daß die Vertrauenskrise gegenüber der Justiz immer noch weit mehr bedeutet als etwa nur ein Schlagwort. Es ist einfach unfassbar, wie noch heute von deutschen Gerichten Entscheidungen mit solchen Konstruktionen rein formaljuristischer Natur erlassen werden können wie jene Landgerichte mit ihren Beschlüssen vom 29. April, 2. und 6. Mai d. J. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß die Entscheidung des Landgerichts Leipzig wieder rückgängig gemacht worden ist — aber auch erst auf energischen Widerspruch des Textilarbeiterverbandes hin! Interessant ist, daß die gerichtliche Aktion von zentraler Stelle eingeleitet worden ist, daß sämtlichen Gerichten dieselben, bis aufs Wort übereinstimmenden Anträge der Unternehmer zugingen und daß sämtliche Gerichte fast wörtlich diese Anträge abschrieben und zum Urteilspruch machten.

Da heute der politische Kampf in Deutschland nicht mehr so sehr lobt unter dem Rufe: Sie Republikaner! Sie

\*) Wir entnehmen den Aufsatz der „Osthüringischen Tribüne“.

Monarchist, sondern eine furchtbare Schärfe zu erhalten scheint zwischen Kapitalismus und der Arbeitnehmerschaft, ist das Vorgehen jener deutschen Landgerichte von ungeheurer Wichtigkeit! Die Gefahr besteht, daß jene Urteile, die mittels schweren Geld- und Freiheitsstrafen verfassungsmäßig geschützte Grundrechte der Arbeiterschaft verbieten, Schule machen und zu einer Rechtsprechung führen, die die schlimmsten Zeiten des Sozialistengesetzes heraufbeschwören würden. Heftigste Wirtschaftskämpfe würden unvermeidlich.

Welcher Sachverhalt liegt nun diesen verhängnisvollen Entscheidungen zugrunde? Die Norddeutsche Wollkammerei und Kamangarnspinnerei, der führende Konzern innerhalb der deutschen Wollindustrie, ist auch führend in den Methoden der größtmöglichen Ausnutzung der Arbeitkraft ihrer Arbeitnehmerschaft. Die Einführung des Akkordlohnes sollte durch die damit verbundene Anfeuerung der Arbeiter die höchsten Leistungen erzeugen. Aber darüber hinaus ist die Generaldirektion des Konzerns zu einem Prämiensystem übergegangen, das die letzte Arbeitsenergie aus den Belegschaften herausquetschen soll, ohne ihnen dafür ein genügendes und durch den Rechtsweg gesichertes Äquivalent zu bieten. Diese Prämien werden als sogenannte freiwillige Zulagen gezahlt, die also von der Generaldirektion jederzeit beliebig herabgesetzt oder gänzlich gestrichen werden können. Die mit diesem System verbundene und bezweckte Irreführung der Arbeitnehmer hinsichtlich ihrer tatsächlich klagbaren Lohnansprüche wirkt sich durch die Verschleierung der Rechtsverhältnisse um so gefährlicher für die Lohnempfänger aus, als diese auch in psychologischer Beziehung über die Lücken und Lücken jener Entlohnung hinweggetäuscht werden sollen. Sie sollen nämlich zunächst durch den Zuschlag der Prämien ungefähr dieselben Beträge ausgezahlt erhalten wie ihre gleichqualifizierten Arbeitskollegen in anderen Betrieben und darüber hinweggetäuscht werden, daß nur ein Prozentsatz dieser zur Auszahlung gelangenden Beträge als tatsächlicher Lohn angesprochen und im Ernstfall eingeklagt werden kann. Sie sollen dazu verleitet werden, zum Abschluß von Lohnverträgen ihr Einverständnis zu geben, die ihren wahren Charakter erst später bei einseitiger Streichung der Prämienzulagen durch die Generaldirektion — also zu spät — verraten. Aber auch das genügt der Konzernleitung noch nicht! Die Prämien wurden nicht ausgezahlt, sondern wurden den in der Mehrzahl der Betriebe eingerichteten sogenannten Betriebspartys zugeweiht, nicht so sehr in der Absicht, für die Arbeitnehmer Sparguthaben zu schaffen, als für den Wollkonzern billiges Betriebskapital zu sammeln! Als neben solchen Manövern die Generaldirektion auch noch durch Bildung von gelben Werksvereinen die Belegschaften terrorisieren wollte und durch jede auch nur mögliche Weise versuchte, jede tarifliche Bindung zu untergraben —, ist es da ein Wunder wenn Ende April d. J. in den verschiedenen Betrieben die Arbeiter in den Streik getreten sind? Ist es unter solchen Umständen nicht eine gebieterische Pflicht des Textilarbeiterverbandes, diesen Streik zu leiten und die Streikenden zu unterstützen? (Schluß folgt.)

## Mit frohem Mut die Willenskraft die höchste und letzte, strebe vorwärts ohne Rast. \* FRAUENTEIL \* Aufklärung wirkt — und die Frauen zählen — die da mit gel'ger Kraft erworben hat!

### Ein Mahnwort an unsere Mütter.

Schon sehr oft ist die Frage der sexuellen Aufklärung und der Geschlechtskrankheiten in Versammlungen sowie auch in Zeitschriften behandelt worden. Wenn in einem Vortrag diese Themen berührt wurden, so kamen dann des öfteren die Mütter und sagten: Das ist ja ganz gut und richtig, aber sagen sie uns doch, wie man über solche Sachen mit den Kindern reden kann. Gab ich ihnen dann in klaren Worten kurze Beispiele, dann hieß es immer: „Ja, wenn sie so darüber reden, ist alles so schön, so leicht verständlich, aber wenn wir nun so zu unseren Kindern sprechen, nein, das geht doch nicht, das will uns nicht über die Lippen.“ Einzelne verpagte Mütter kamen dann auch im stillen zu mir und baten: „Ach, liebe Kollegin, wollen sie denn nicht einmal mit unseren Kindern darüber sprechen?“

„Ja, das könnte man schon!“ war meine Antwort, „aber erstens müßte ich eine passende Gelegenheit oder eine stille Stunde dazu finden, und zweitens wären meine Worte, und wären sie auch noch so schön und gut gewählt, nicht der Mutter Worte. Ein Mutterwort ist dem Kinde heilig. Die Mutter allein kennt das Seelenleben ihres Kindes. Die Mutter allein weiß, wie sie das Kind zu nehmen hat. Mir selbst als Mutter sind die Stunden der Aufklärung nie schwer geworden, im Gegenteil, Stunden der Weihe, Feierstunden sind es mir gewesen.“

Früh schon habe ich mit der Aufklärung begonnen, habe nicht erst gewartet, bis irgendeine gute Freundin oder ein guter Freund von der Straße meinen Kindern etwas ins Ohr flüsterte, was ihnen des Lebens höchstes, heiligstes Wunder enthüllen müßte. Gewappnet sollten sie sein gegen alles, was niedrig, schmutzig und gemein ist. Auch habe ich nicht gewartet, bis das Kind ein gewisses Alter erreicht hatte, sondern bei jeder Gelegenheit, die sich mir bot, daheim im trauten Stübchen, draußen in Feld und Wald, habe ich versucht, meine Kinder über alles aufzuklären, damit ich sie dereinst mal mit gutem Gewissen und mit der Ueberzeugung meine Pflicht voll und ganz getan zu haben, in die Welt ziehen lassen kann.

Wie recht ich gehandelt habe, daß ich so früh mit dieser Aufklärung begann, sollte mir sehr bald Gewißheit werden. Eines Tages kam ganz plötzlich mein kaum achtzehnjähriger Sohn zu mir und sagte: „Mutter, ich habe nicht Lust, länger als Arbeitsloser herumzulummeln, ich werde versuchen, in der Großstadt Arbeit zu erlangen oder ich gehe zur See.“ da wäre also nicht mehr viel Zeit übrig gewesen zur Aufklärung, denn die Reise sollte schon bald beginnen. In der Scheidestunde will ich ein Gespräch nicht von den Lippen fließen und welchen Gefahren geht doch solch ein junger Mann entgegen. So habe ich denn meinem Aeltesten nur die Hand gedrückt und gesagt: „Also gehe mein Junge, vergiß aber unsere schönen Feierstunden nicht. Pack das Leben dich rauh und hart an, will die Verführung dich sämlichelnd umgarnen, gedenke der Worte deiner Mutter.“

So ziehen denn alljährlich Tausende von jungen Bächen und Mädchen hinaus in die Welt, um sich ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Unsere Mütter müßten alle ihre vornehmste Aufgabe darin erblicken, ihre Kinder als aufgeklärte Menschen in die Welt ziehen zu lassen, damit dieselben den Gefahren, die in der Großstadt ihrer harren, einigermaßen gewappnet gegenüberstehen. Freilich müssen viele unserer

Mütter nicht immer gleich, was sie auf die verschiedensten Fragen, die ihnen von den Kindern gestellt werden; antworten sollen, denn sie selbst hatten ja keine Zeit, sich auf den Hausfrau- und Mutterberuf vorzubereiten. Sie müßten Geld verdienen, konnten sich nicht bilden. Aber unsere Kinder sollen die Erziehung haben, die sie zu wissenden, geraden Menschen macht.

Da heißt es schon früh anfangen. Nicht dem kleinen Schreier drohen: der Hund beißt, oder der schwarze Mann kommt. Wie sollte ein Kind vertrauensvoll zur Mutter aufschauen, wenn sie ihm solche Angst macht. Wie soll es später mutig im Leben stehen, wenn seine ersten Eindrücke Furcht waren. Es gibt auch andere Mittel, unsere Schreier zu beruhigen, namentlich dann, wenn wir die Ursache ihrer Tränen erforschen und dort Abhilfe schaffen. Vor allem sollen wir wahr zu unseren Kindern sein. Keine Vorwände brauchen, wenn sie auf ernste Fragen ernste Antworten verlangen. Ihnen nichts vormachen, was sie von anderen dann als Unwahrheit hingestellt bekommen.

Versucht es liebe Mütter, euren Kindern sexuelle Aufklärung sowie Aufklärung über Geschlechtskrankheiten zu geben, ihr erweist ihnen und euch selbst damit den größten Dienst. Versucht es nur, es läßt sich alles fagen und jede Mutter findet bestimmt die passenden Worte dafür. Seid euren Kindern gute und wachsame Hüterinnen.

### Eine sonderbare Reklame für Heimarbeit.

Des öfteren findet man in bürgerlichen Unterhaltungsblättern und Modzeitsungen Anpreisungen der verschiedensten Firmen von ihren Strickmaschinen und Nähmaschinen. Rührige Agenten dieser Firmen versuchen diese Maschinen für vieles Geld an die Frauen zu verkaufen und versprechen ihnen sogar, daß die betreffende Firma bei Abnahme einer solchen Maschine für dauernde Arbeit sorgt. Wir finden es verständlich, wenn bürgerliche Blätter solche Propaganda treiben und das Unternehmertum bei der Ausbeutung der Heimarbeiterinnen unterstützen.

Neuerdings haben wir aber auch in der Nr. 11 der Frauenwelt unter Antworten einen solchen Artikel vorgefunden. Wir halten derartige Anpreisungen geradezu für gefährlich. Auch möchten wir die Frauen davor warnen, sich von den Agenten solche teure Maschinen aufreden zu lassen. Es ist auch vollständig ausgeschlossen, daß die Lieferanten dieser Maschinen in der Lage sind, für dauernde Arbeit zu sorgen. Die Vertreter geben sich nur deswegen die größte Mühe, die Maschinen zu verkaufen, um recht hohe Provisionen einzustreichen.

Ueberhaupt finden wir in den Heimarbeitsbezirken sehr unangenehme, teilweise sogar trostlose Verhältnisse. Die Heimindustrie trägt noch die typischen Merkmale der Glendindustrie. Sorge und Not sind ständiger Gast in den Heimarbeiterfamilien. Die schlechte Entlohnung der Heimarbeiter trägt Schuld an diesen Verhältnissen. Gewissenlose Ausnutzung des Abhängigkeitsverhältnisses und der Kollage der Heimarbeiter sind schuld an dem geringen Verdienst — nicht aber wie behauptet wird, die Minderleistungsfähigkeit. Wir sind bestrebt, dieser Ausbeutung ein Ende zu bereiten. Dies wird aber nicht möglich sein, wenn durch die Propaganda in den Zeitschriften die Heimarbeit immer weitere Wurzeln faßt und dem Unternehmertum immer neue Ausbeutungsobjekte zugeführt werden.

### Die Menschenbewirtschaftungsanstalt oder die „kalte“ Werksgemeinschaft.

In Düsseldorf besteht seit einiger Zeit ein Institut, das sich Deutsches Institut für technische Arbeiterschulung nennt und viel besser die „kalte“ Werksgemeinschaftsbrotanstalt heißen sollte. „Menschenbewirtschaftung“ hat einer der Führer der Wirtschaft als die Aufgabe dieses Instituts bezeichnet. Die Menschen — es handelt sich zunächst um die Lehrlinge, aber auch um die Arbeiter — sollen in einem Bearbeitungsprozeß geläutert und gereinigt vom allen giftigen Persönlichkeitsbildenden und gewerkschaftlichen Krankheitsstoffen hervorgehen. Harmlos, fast von menschlichen Gefühlen überquellend, sind die Ausführungen, die von Unternehmenseite über die Ziele dieser Menschenbewirtschaftungsanstalt gesprochen worden sind. Diese Anstalt verfolgt einen wohlüberdachten Plan, eine Politik auf weite Sicht. Eine gute, sittsame und verständige Arbeiterschaft soll herangebildet werden. Die Ausbildung erfolgt in besonderen Lehrwerkstätten unter Anleitung von besonders dazu ausgebildeten Ingenieuren.

Das Institut legt seinen zweiten Jahresbericht für die Zeit vom 15. August 1926 bis 15. März 1927 vor. Darin wird ganz besonders hervorgehoben, daß in vier großen Industrien, „denen die Lehrwerkstatt unserer Prägung vor Jahresfrist noch unbekannt war“, die angebahnte Entwicklung zur Ausbildungsreform anhält und zur Erfassung der ganzen Industrien führen soll. Zu diesen Industrien gehört auch die Textilindustrie. Die Textilindustrie, die in dem ersten Jahresbericht nur mit drei Firmen vertreten war, und zwar vornehmlich bei der Firma Joh. Girmes u. Co., Dedt, und einer genossenschaftlichen Lehrwerkstatt für die Krefelder Samtindustrie mit acht Firmen, ist in dem zweiten Jahresbericht mit fünf größeren Firmen, nämlich Joh. Girmes u. Co. A.-G., Dedt bei Krefeld, deren Ausbildungsweisen erweitert wurde, J. P. Bemberg A.-G., Barmen, Gebr. Colsman, Seidenweberei, Kupferdreh, Conze u. Colsman, Langenberg, und H. E. Schniewind, Elberfeld, vertreten, und außerdem dem erweiterten Ausbildungsweisen der bereits in dem ersten Jahresbericht genannten Firmen.

Der Bericht sagt, daß sich die Arbeit in der Textilindustrie „als eine ganz besonders stark in den übrigen Betriebsverhältnissen wurzelnde Aufgabe erweist“. Es heißt dann wörtlich:

„Es fehlt an gelehrten Arbeitskräften insofern, als für die Mehrzahl der Textilarbeiter eine zeitlich und räumlich geschlossene, universelle Berufsausbildung nicht vorhanden ist, so daß der für einen engen Produktionsausschnitt angeleitete Arbeiter vorbereitet. Die Belegschaft besteht überwiegend aus weiblichen Arbeitern. Aus diesen beiden Ursachen ergeben sich in der Textilindustrie folgende Erfahrungen: Die neu eingestellten Arbeitskräfte laufen außerordentlich langsam zu ihrem persönlichen Optimum an Leistung an. Der Wechsel der Belegschaft ist wegen des mangelnden Verwahrheitens mit dem Beruf stark und die tägliche Präsenzstärke weist empfindliche Schwankungen auf. Hieraus ergibt sich für die Textilindustrie durchweg eine ernstliche finanzielle Belastung, und unsere Vorschläge auf Einführung der zentralen Arbeiterschulung führen durchweg zur Empfehlung von Maßnahmen, die über das Technische und Erzieherische hinaus im ganzen mehr den Charakter einer Belegschaftspolitik auf weite Sicht annehmen.“

**GEG-ZIGARETTEN SIND QUALITÄTSGIGARETTEN**  
 THADMOR und ARBEITERSPORTLER zu 4 Pf. Mit zu haben im  
 ZERONTH zu 5 Pf. \* Düftig \* leicht \* mild  
**KONSUMVEREIN**

**Berichte aus Fachkreisen.**

Offenbach a. M. (Subliäum.) Am 16. Juni dieses Jahres waren es 25 Jahre, daß unser Kollege August Streckenbach in den Deutschen Textilarbeiter-Verband eintrat, und zwar in der Filiale Siegnitz. Wir gratulieren.

Werdau. Die Werdauer Textilarbeiterschaft veranstaltete am 8. und 9. Juni einen Ausflug nach dem Erzgebirge. Die Abfahrt von Werdau erfolgte am 8. Juni, früh 4.32 Uhr, um die erste Etappe, Johanngeorgenstadt, zu erreichen. Von da aus ging es zu Fuß über die Grenze nach Böhmen, nach der vielumjubelten „Draatschänk, on der Gränz von Sachsn“.

„An der Gränz vo Sachsn, Du de Schwarzbeer wachsn,

Bus nem nach Hansfürstätt geht; Dorte stiegt a Wirtschhaus, Guat doch Busch ond Baum raus, Obn hängt a Last dra, Da zeigta jedem a: Das ist de Draatschänk, Ist wat ond brat bekamt, Weit drim in Sachsn wie im Böhmerland, Ond geht man do vorbel, So zehits an jeden nel, War in de Draatschänk ruht, Da ruht r gull“

Von da aus führte der Weg durch herrliche Täler und schöne Wiesenspläße, über steinige, waldumraufte Bergeshöhen nach Platten. Nach kurzer Rast und einem kräftigen Essen ging die Wanderung weiter nach dem Plattenberg. Hier galt es, durch naturgerissene Schluchten zu klettern, wo in tiefen, engen Spalten noch Schnee und Eis lag. Am anderen Morgen ging es bei leuchtendem Sonnenschein durch Reuhammer auf den Peindelberg. Klein, aber romantisch schön fanden wir die Untertunnsstätte. Vom Turm aus hatten wir einen herrlichen Ausblick auf ein prächtiges Panorama vom Erzgebirge. Allen Teilnehmern wird diese Ferienreise eine lebendige Erinnerung bleiben. Auf dem Heimweg gab es nur zufriedene Gesichter. Dies zeigt, wie so dringend notwendig gerade für die Textilarbeiter eine Ferienreise ist. Wir müssen deshalb mit allen Mitteln versuchen, noch einen weiteren Schritt vorwärts zu kommen, daß wir zu den Ferientagen auch die Mittel, die wir zur Erholung gebrauchen, erhalten. Dies können wir aber nur erreichen durch eine starke Organisation. Darum, ihr Fernstehenden, schließt euch dem Deutschen Textilarbeiter-Verband an und helft mit, damit der nächste Ausflug noch schöner werde. Marie Heintze.

Auf Beschluß des Gauvorstandes findet unsere ordentliche

**Gaukonferenz für den Bezirk Schlesien**

am Sonnabend, dem 13. und Sonntag, dem 14. August 1927 im Volkshaus zu Siegnitz statt. Beginn Sonnabend, den 13. August, abends 7 Uhr. Anträge zur Gaukonferenz sind bis zum 1. August 1927 an den Gauvorstand einzureichen. Alles Weitere wird durch Rundschreiben bekanntgegeben. Der Gauvorstand.

**Bekanntmachungen des Vorstandes.**

Sonntag, den 26. Juni, ist der Beitrag für die 25. Woche fällig

<b>Achtung!</b> Mitglieder-, Arbeitslofen- und Kurzarbeiter-Zählung für Monat Juni betreffend Stichtag für die Juni-Zählung ist Sonnabend, der 25. d. M. An diesem Tage ist von jeder Ortsverwaltung eine Karte, gewissenhaft ausgefüllt und richtig frankiert, an uns einzuliefern. Zu beachten ist auch dann, wenn gegenüber dem Vormonat im Mitglieder-, Arbeitslofen- und Kurzarbeiterbestand keinerlei Veränderungen eingetreten sind. Rechtzeitige Einsendung der Karten ist notwendig, um Zeit und Porto für Mahnungen zu sparen. Der Vorstand.	<b>Achtung!</b> Abwesenheitsanzeigen. Gau Barmen. Bocholt. Alle Sendungen vorläufig an Oswald Strub, Westend 24. Gau Dresden. Falkenstein. Träger ist zu streichen. K: G. Zeising, Plauenische Str. 1. Hainichen. Das Bureau befindet sich jetzt: Oberer Mühlgraben 6. Mittweida: Lehmann ist zu streichen. K: Max Müller. Gau Berlin. Barth. V: Ernst Müller, Markt 16.
---	--

**Verlorenes Buch.**  
Das Mitgliedsbuch Stammmummer 154093 auf den Namen Frh Schlegel lautend, geboren am 12. Juli 1897, in den Verband eingetreten am 8. Juni 1924, übergeben am 11. Mai 1925, ist verloren gegangen. Bei etwaiger Vorlegung des Buches bitten wir um Einziehung und Einlieferung an die Ortsverwaltung Dresden. Ehrenhaftig

**Das Ulstein-Buch für 1 Mark ist wieder da!**

In neuer, moderner Form!

Die ersten Bände: Bolt, Die Braut Nr. 68 / M. R. Rinehart „K“, Der Roman eines Doppellebens / Dekobra, Fürst oder Clown / M. E. delle Grazie, Das Buch der Liebe, Ricarda Huch, Der Fall Deruga.

Erhältlich bei:  
**Textil-Praxis, Abt. Buchhandlung, Berlin O 34, Memeler Str. 8/9**

Verlag: Kurt Hübner in Berlin, Memeler Str. 8/9 — Verantwortlicher Redakteur: Hans Dreier in Berlin. — Druck: Norddeutscher Buchverlag und Verlagsanstalt, Kurt Hübner & Co. in Berlin.

**Ein Treuebekenntnis der Allgäuer Textilarbeiter zum Deutschen Textilarbeiter-Verband.**

Vom 7. Juni bis 14. Juni fanden an den wichtigsten Textilarorten im Allgäu insgesamt 10 Textilarbeiterversammlungen statt. Die Versammlungen waren gut, in den meisten Orten sogar sehr gut besucht. Als Referent sprach der Koll. Schöneleben, Gauleiter des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes, welcher sich im Allgäu bei der Textilarbeiterschaft einer besonderen Beliebtheit erfreut. In markanten Ausführungen über unsere Tarifpolitik verstand es der Redner, ein getreues Bild von der Tätigkeit der Organisation und der Funktionäre zu geben. Der Beifall in allen Versammlungen ist der beste Beweis, daß der Referent den Anwesenden aus dem Herzen gesprochen hat. Soweit Diskussionen beibehalten wurden, waren die Ausführungen sämtlicher Redner in zustimmendem Sinne zum Referat gehalten. Wiederholt wurde den Funktionären, besonders aber der Lohnkommission und dessen Vorsitzenden, Koll. Schöneleben, die Anerkennung für die rührige Tätigkeit im Interesse der südbayerischen Textilarbeiter ausgesprochen.

Der Verlauf der Versammlungen zeigte deutlich, daß die Allgäuer Textilarbeiter nur durch eine geschlossene Front innerhalb ihrer Gewerkschaft, des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes, erfolgreich ihre Rechte gegenüber den geschlossenen organisierten Textilarbeitgebern wahrnehmen können. Alle Kleinigkeiten und persönliche Streitigkeiten müssen zurücktreten, wo es sich darum handelt, die Interessen der Textilarbeiter zu vertreten. Besonders sollen die Textilarbeiter niemals vergessen, wie sie im Jahre 1926 von ihren „sozial denkenden“ Arbeitgebern behandelt wurden. Heute noch sind durch Betriebsstilllegungen und die rückwärts durchgeführte Rationalisierung Hunderte von Textilarbeitern im Allgäu arbeitslos. Verschiedentlich versuchen die einzelnen Unternehmer, den Arbeitern gegenüber die Methode der Vorkriegszeit, d. h. den „Herr-in-Haus“-Standpunkt anzuwenden. Die Textilarbeiter haben es selbst in der Hand, durch treues Zusammenstehen das Schlußwort des Referenten wahr zu machen, welches sagt: Rückwärts nimmer, vorwärts immer!

Die Preise immer weiter in die Höhe. Wir erleben daher das sonderbare Schauspiel, daß in dem Jahre, in dem die größte Baumwollenernte, die seit Menschengedenken dagewesen ist, eingebracht wurde, die Preise unaufhörlich steigen. Und noch auffälliger ist es, daß auch die Baumwolle in Ägypten und Indien sich in einer ausgesprochenen Hausse befinden. Die Papiere für ägyptische Sorten sind seit Anfang Mai um etwa 15 Proz. für indische Baumwolle um etwa 11 Proz. teurer geworden. Und auch in Ägypten und Indien sind besonders die besseren langstapeligen Qualitäten am meisten gesucht. Infolge dieser abnormen Steigerung der Baumwollpreise ist auf allen Gebieten der Textilbranche eine so lebhaft Nachfrage eingetreten, daß sie von den Spinnereien und Webereien in Deutschland nicht entfernt befriedigt werden kann. Alle Spindeln laufen und alle Webstühle sind im Gange und bis zum Ende dieses Jahres sind die Fabriken ausverkauft. Die früher arbeitslosen Spinner und Weber sind fast sämtlich wieder eingestellt und die Löhne mußten beträchtlich erhöht werden. Die Preise für Garne und Gewebe sind bedeutend teurer und laut den Notierungen der Stuttgarter Industrie- und Handelspreise kosten Nr. 20 englisch Troisseloops, die am 5. Januar 1927 2,44 bis 2,52 Mark notiert waren, am 1. Juni 1927 2,83 bis 2,91 Mark, das sind 12 Proz. Erhöhung. Bei den Geweben, zum Beispiel 92 Zentimeter 19/18 Caftunen, beträgt die Erhöhung 22 1/2 Proz. Sie haben am 5. Januar 1927 37,8 bis 39,9 Pf. getostet und wurden am 1. Juni 1927 mit 46,4 bis 48,5 Pf. notiert. Es sind demnach die Preise vom Rohstoff bis zum Rohgewebe durchgehends wesentlich gestiegen, und es sind Garne und Gewebe im Verhältnis etwas zurückgeblieben, weil das Angebot von französischen (elastischen) Geweben billiger lautet als die Preise unserer deutschen Webereien. Auch von England und der Tschechoslowakei wurden vorteilhafte Offerten unterbreitet, die besonders deshalb Beachtung gefunden haben, weil die Lieferzeit für das dritte Quartal lautet, während die deutschen Webereien für 1927 Aufträge nicht mehr übernehmen können.

Durch die allgemeine Steigerung der Preise sind auch die Großhändler in Baumwollwaren veranlaßt worden, neue erhöhte Preislisten herauszugeben. Mit Wirkung ab 1. Juni sind die Preislisten für fertige Ware herausgegeben, und wenn auch die Erhöhung nur 2 bis 3 Pf. pro Meter beträgt, so haben sie eine neue lebhaft Nachfrage hervorgerufen. Seit drei bis vier Monaten hat die feste Preislage einen bedeutenden Aufschwung in der ganzen Textilbranche herbeigeführt, und da sowohl die Wäscheherstellung als auch die Herren- und die Damenkleidertextilindustrie mit Aufträgen überhäuft sind, ist in einzelnen Baumwolltextilen fühlbarer Mangel eingetreten. Diese Knappheit hält die feste Tendenz aufrecht und führt zu immer weiteren Preiserhöhungen in der gesamten Baumwollbranche.

**Aus Unternehmertreffen.**

In Lannenberg soll ein Betrieb der Vereinigten Glasstoffabriken A.-G. Oberfeld errichtet werden. Am 1. Dezember soll bereits mit 600-700 Leuten der Betrieb aufgenommen werden. Gegen die Errichtung des Betriebes haben die Industriellen von Gezer sowie der Gesamtverband der Vereinigten Arbeitgeberverbände und die Färbereivereinigung im oberen Erzgebirge Einspruch erhoben. Warum? Die erzgebirgischen Unternehmer befürchten, daß durch die Errichtung des Betriebes, durch welche eine größere Arbeitsgelegenheit geschaffen wird, das Angebot von Arbeitskräften zurückgeht und damit die durch größere Arbeitslosigkeit hervorgerufene Tendenz des Lohnbruchs abgemildert wird. Die Unternehmer des Erzgebirges sind doch recht eigentümliche Menschenfreunde.

Gen Doge rücker id. Dem Chefarzt des Krankenhauses fällt es eines Tages auf, daß der Inhalt der großen Weingeistflasche im Operationsaal stärker abgenommen hat, als es dem chirurgischen Verbrauch entspricht. Er stellt seine Diagnose auf „innere Anwendung“ durch das Personal und hängt an die Flasche einen Zettel mit der Aufschrift: Reizmittel! Gefahr der Erblindung! Am andern Morgen fehlt wieder etwas, doch nur halb so viel wie beim ersten Male. Auf dem Zettel aber steht geschrieben: Gen Doge rücker id!

Der Facharbeitermangel, der in der Textilindustrie ganz besonders typisch ist, soll also durch das Institut gemildert, eventuell beseitigt werden, und zwar durch die Heranziehung von launfrommen und alles mit sich machen lassenden Textilarbeitern, denn das geht aus den Worten: „einer Belegschaftspolitik auf weite Sicht“ ganz klar hervor. Die Arbeitnehmer der Textilindustrie werden nun wissen, wie sie sich gegenüber dieser Anstalt zu benehmen haben. Die Institutsleitung glaubt, in Verbindung mit den Textilunternehmern Wertsgemeinschaften größten Stills aufzuziehen und die starke Beschäftigung weiblicher Arbeitnehmer in der Textilindustrie soll dazu ganz besondere Vorspanndienste leisten. Das Institut kümmert sich nämlich nicht nur um die Lehrausbildung, sondern beschäftigt sich auch mit der Jugendausbildung und der Schulpflege. Für die weiblichen Arbeitnehmer sind besondere Schulen geschaffen, in denen sie zu Hausfrauen ausgebildet werden sollen.

Daß das Institut die Wertzeitungen ganz besonders pflegt, versteht sich am Rande. Es erscheinen bis jetzt 55 solcher Zeitungen. Die Leitung der Wertzeitung ist einheitlich zusammengefaßt. Jede Veröffentlichung in einer der von dem Dinta erfassen Wertzeitung muß der Dinta-Schriftleitung vorgelegt werden. Die Wertzeitungen sind rein äußerlich gesehen partei- und sozialpolitisch ohne Tendenz. Aber ganz unmerklich und unbewußt für die Leser soll ihre Gedankenwelt in eine bestimmte Richtung gelenkt werden. Die Leser dieser Zeitung sollen politisch und gewerkschaftlich kastriert, d. h. unfruchtbar gemacht werden.

Die Menschenbewirtschaftungsanstalt verfolgt ein weitgestecktes Ziel. Wenn in dem Bericht an verschiedenen Stellen immer wieder von dem zunehmenden Vertrauen der Gewerkschaften in die Zwecke und Ziele dieser Anstalt gesprochen wird, so handelt es sich in erster Linie um die christlichen Gewerkschaften, von den Gelben ganz zu schweigen. Wir beneiden die Christlichen um dieses Vertrauen nicht, denn um die Gesamtwirkung und den Gesamtzweck dieser Anstalt zu erkennen, braucht nur an die Männer erinnert zu werden, die als unsichtbare Führer hinter dieser Anstalt stehen. Es sind Männer wie Herr v. Borfig, der erst vor wenigen Tagen vor „sozialer Gesinnung“ übergeschäumt ist, und Männer wie Generaldirektor Dr. Wöglger, der einen deutschen Mussolini inbrünstig herbeisehnt. Man braucht diese Namen nur zu nennen, um sich völlig darüber klar zu sein, daß dieses Institut nichts weiter ist, als die vorbereitende kalte Wertsgemeinschaft. Lutus.

Ein sehr treffendes Urteil darüber, was die Unternehmer in Wirklichkeit mit dem Dinta erreichen wollen, gibt der den Unternehmern sehr wohlwollend gesinnte Prof. Adolf Weber, München:

„Klarer jedenfalls als die Arbeiter erkennen die Arbeitgeber die neuen Möglichkeiten, die sich hier ergeben. Sie sind durch die Erfahrungen gewichtig, heute nicht mehr so töricht, die Idee der Wertsgemeinschaft dadurch auszunutzen, daß sie recht und schlecht die Organisation der Arbeiter durch Errichtung von „gelben“ Gewerkschaften, die dem Unternehmertum gefällig sind, nachahmen. Auf Grund der Erfahrungen der Vergangenheit war es für die deutschen Arbeitgeber kein allzu schweres Opfer, als sie in der Vereinbarung mit den Gewerkschaften vom 15. November 1918 die Verpflichtung eingingen, die sogenannten wirtschaftsfriedlichen Arbeiter fortan sich vollkommen selbst zu überlassen und sie weder mittelbar noch unmittelbar zu unterstützen. Sie lassen das Problem der Wertsgemeinschaft jetzt tiefer und gründlicher als vor dem Krieg. Neugierlich wird schon zum Ausdruck gebracht durch die Gründung der Dinta, dem deutschen Institut für technische Arbeiterschulung, das 1925 in Düsseldorf errichtet wurde, hauptsächlich um Führer und Unterführer heranzubilden, die die Arbeiterschaft systematisch zur Idee der Wertsgemeinschaft heranzuführen sollen.“

Das ist die richtige Auffassung und Kennzeichnung eines objektiven Beobachters.

**Aus der Textilindustrie.**

**Steigerung der Baumwollpreise.**

Über die Steigerung der Baumwollpreise schreibt Benas Levy, Berlin, folgendes:

Seit dem Beginn des Jahres 1927 steigen die Preise für Rohbaumwolle unaufhörlich. Sie haben die Vorkriegspreise wieder ganz beträchtlich überholt. Während am Beginn des Januar dieses Jahres die gleichen Notierungen wie im Jahre 1913 erreicht waren, — 13,21 Dollarcent gegen 13,15 —, beträgt die Differenz jetzt 16,85 gegenüber 11,70 Cents gleich 5,15 Dollarcent. Rohbaumwolle kostete demnach am 3. Juni in New York 44 Proz. mehr als im Jahre 1913 zur gleichen Zeit. Rechnet man dagegen die wirkliche Steigerung seit Anfang Januar dieses Jahres bis jetzt, so erhält man folgendes Bild. In New York lautete der Kurs für Votobaumwolle am

3. Januar 1927 . . .	12,80 Dollarcent	Steigerung . . .	6,6 Proz.
1. Februar 1927 . . .	13,65		8,3
1. März 1927 . . .	14,55	Rückgang 2,7 Proz.	
1. April 1927 . . .	14,49	Steigerung . . .	7,3
2. Mai 1927 . . .	15,45		10
2. Juni 1927 . . .	17,09	Gesamtsteigerung	32,7 Proz.

Die Preise sind demnach um fast ein Drittel gestiegen. Wenn auch ein Teil dieser Steigerung auf den Schaden fällt, den die Ueberspannungen am Mississippi angerichtet haben, so muß doch beachtet werden, daß auch vorher eine beträchtliche Erhöhung der Preise festzustellen war. Es war trotz der Notwendigkeit von Baumwolle in Amerika eine Reaktion eingetreten gegen die zu weit herabgedrückten Preise, bei denen die Farmer nicht bestehen konnten, da ihre Auslagen größer waren als der Erlös, den sie erzielten. Unter diesen Umständen kam die feste Tendenz zum Durchbruch, die wesentlich gefördert worden ist durch die Ueberspannungen und durch die dadurch unübersehbar gewordene Aussicht auf die neue Ernte. Da außerdem die Qualität der alten Vorräte viel zu wünschen übrig ließ, bemühten sich die Handelsgelehrten des Artikels und trieben